



## **IGB/TUAC-Auswertung des 3. G20-Gipfels PITTSBURGH, 24. und 25. SEPTEMBER 2009**

### **Hintergrund und Zusammenfassung: Fortschritte in Pittsburgh, aber es bleibt noch viel zu tun**

1. Die Ergebnisse des G20-Gipfels in Pittsburgh übertrafen zwar das Ergebnis des Londoner Gipfels im April, machten aber auch eine gewisse Selbstgefälligkeit deutlich, und in einigen wichtigen Bereichen wurden nur langsam Fortschritte erzielt. Die Rolle für die IAO, auf die man sich verständigt hat, war von besonderer Bedeutung, aber einige Schlüsselfragen, vor allem in Bezug auf den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Regulierung der Finanzmärkte und den Klimawandel, sind weiterhin offen. Obwohl sich die Spitzen der G20 dazu verpflichtet haben, qualitativ gute Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Konjunkturerholung zu rücken, und beschlossen haben, dass die G20 neue Verfahren einführen werde, um die Ungleichgewichte in der globalen Wirtschaft zu vermindern, einschließlich einer Rolle für die IAO, so geschah dies durch die Bekräftigung der Rolle des IWF bei der Krisenbekämpfung, obwohl es kaum Hinweise darauf gibt, dass er von seinen konservativen Positionen, einschließlich seiner "prozyklischen" politischen Rezepte, abzurücken gedenkt.

2. Der Beschluss des G20-Gipfels, an einem internationalen Rahmen zu arbeiten, der eine Finanztransaktionssteuer beinhalten könnte, um dafür zu sorgen, dass sich der Finanzsektor stärker an den Bemühungen um wirtschaftliche Erholung und Entwicklung beteiligt, war durchaus von Bedeutung, aber dem IWF wurde wieder die Verantwortung für die Prüfung dieser Frage übertragen. Hinsichtlich anderer dringend notwendiger internationaler Finanzmarktreformen bestätigte der Gipfel die zentrale Rolle des beim Londoner Gipfel aus dem Forum für Finanzstabilität hervorgegangenen Financial Stability Board (FSB), dem es allerdings nach wie vor an Transparenz fehlt, was seine Legitimierung für die Erfüllung dieser Aufgabe in Frage stellt. Vor dem Hintergrund der sich weiter verschärfenden Krise auf den Arbeitsmärkten hat sich der Gipfel in Pittsburgh jedoch darauf verständigt, Anfang 2010 eine G20-Arbeitsministerkonferenz abzuhalten, einschließlich Konsultationen der Sozialpartner. Dies bietet eine Gelegenheit, um darauf zu drängen, dass der Erhalt und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze weiter oben auf die Agenda gesetzt werden, wobei die Umsetzung des Globalen Paktes der IAO für Beschäftigung ein zentrales Ziel sein muss. Die G20 hat zudem beschlossen, ihren nächsten Gipfel im Juni 2010 zusammen mit der G8 in Kanada abzuhalten, jedoch erklärt, dass die G20 von nun an die G8 als "Hauptforum für unsere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit" ablösen werde.

## Globale Konjunkturerholung, Beschäftigung und die IAO

3. Die G20-Abschlussklärung, die in Form einer Präambel, gefolgt von einem aus 50 Absätzen bestehenden Communiqué mit zwei Anhängen, strukturiert ist, beginnt mit einer Reihe von Absätzen voller Eigenlob, in denen an die Wirksamkeit der im April in London beschlossenen Interventionen erinnert wird.<sup>1</sup> Ein (im Englischen) lediglich aus zwei Wörtern bestehender Absatz (#P5) besagt mit Verweis auf die früheren Maßnahmen der G20 unverblümt: "It worked" (Es hat funktioniert). Es scheint eindeutig davon ausgegangen zu werden, dass das Schlimmste vorbei ist und es jetzt lediglich darum geht, den wirtschaftlichen Aufschwung zu lenken. Die Präambel enthält jedoch eine wichtige Feststellung bezüglich der Notwendigkeit weiterer abgestimmter Stimulierungsmaßnahmen, "bis sich die globale Wirtschaft wieder völlig erholt hat und hart arbeitende Familien menschenwürdige Arbeitsplätze finden können"<sup>2</sup> (#P9). Ferner heißt es ausdrücklich: "Wir werden eine verfrühte Beendigung der Stimulierungsmaßnahmen vermeiden" (#P10). Dies wird in der eigentlichen Erklärung ergänzt (#1-4), wobei zunächst versichert wird, dass "wir unsere Stimulierungsprogramme fortsetzen müssen, um die Wirtschaftstätigkeiten so lange zu unterstützen, bis die Erholung wirklich begonnen hat" (#2). Die Anfang November in Schottland stattfindende Tagung der G20-Finanzminister hat den Auftrag, "gemeinsame und abgestimmte Ausstiegsstrategien zu entwickeln" (#2).

4. In dem Hauptdokument werden Arbeitsplätze häufig erwähnt, und der Abschnitt, der sich speziell mit Arbeitsfragen befasst (#43-47), trägt den Titel "Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Konjunkturerholung rücken". Dieser noch spät geänderte Titel spiegelt die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Konzentration auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und auf die Qualität der Arbeitsplätze (nicht nur die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer/innen, wie in früheren Entwürfen) wider. In der Erklärung werden "Konjunkturerholungspläne" gefordert, "die menschenwürdige Arbeit fördern, zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen und Beschäftigungswachstum Priorität einräumen" (#43). Erwähnt werden auch Schulungsmaßnahmen und Unterstützungsleistungen für Arbeitslose, vor allem für "diejenigen, die am meisten gefährdet sind". (Es sollte festgehalten werden, dass Frauen oder Jugendliche an keiner Stelle ausdrücklich erwähnt werden.) Es wird betont, dass die wirtschaftliche Erholung nicht dadurch erfolgen sollte, dass Druck auf die Arbeitskosten ausgeübt wird, indem den Beschäftigten ihre Rechte genommen werden, wobei es heißt, dass "die derzeitigen Herausforderungen kein Vorwand für die Missachtung oder Schwächung international anerkannter Arbeitsnormen sein dürfen" und dass "wir eine Politik verfolgen sollten, die mit den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit im Sinne der IAO vereinbar ist, um sicherzustellen, dass das globale Wachstum möglichst vielen zugute kommt" (#43).

5. Es folgen allgemeine Verweise auf die Notwendigkeit "struktureller Reformen" (#44) und "nationaler politischer Strategien zur Verbesserung der Fähigkeit unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich veränderten Marktanforderungen anzupassen ...". Positiver ist jedoch, dass der Absatz (#44) größtenteils Beispiele für eine aktive

<sup>1</sup> Die Bezugnahme auf Absätze erfolgt in diesem Dokument mit (#P), wenn es um Absätze in der Präambel geht, während für die Absätze im eigentlichen Communiqué lediglich # verwendet wird.

<sup>2</sup> Es handelt sich bei den Zitaten aus der Erklärung jeweils um inoffizielle Übersetzungen. (Anm. d. Übers)

Arbeitsmarktpolitik in Bezug auf Schulungs- und Ausbildungsprogramme enthält, vor allem hinsichtlich neuer Technologien und lebenslanger Qualifizierungsmaßnahmen.

6. Im Zusammenhang mit Schulungsmaßnahmen wird die IAO ersucht (#45), "gemeinsam mit anderen Organisationen ihre Träger und nichtstaatliche Organisationen einzuberufen, um eine Schulungsstrategie zu entwerfen und sie uns zur Prüfung zu unterbreiten." Die der IAO übertragene aktive Rolle ist wichtig, da dies ein Grund für deren künftige stärkere Beteiligung am G20-Prozess ist. Da die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu den Trägern der IAO zählen, enthält dieser Absatz einen der beiden ausdrücklichen Verweise in der G20-Erklärung auf die Gewerkschaften. Die Erwähnung nichtstaatlicher Organisationen (NGOs) in diesem betrieblichen Zusammenhang ist jedoch nur schwer verständlich, es sei denn, es sind die Quasi-NGOs gemeint, die in vielen Ländern von Berufsbildungseinrichtungen ins Leben gerufen wurden. Dies ist ein Punkt, der Konsultationen mit der IAO erforderlich macht, um festzulegen, welche "NGOs" eingeladen würden.

7. Die Spitzen der G20 "bekräftigen erneut die Bedeutung der Beschäftigungskonferenz in London und des Sozialgipfels in Rom" (#46), wobei sie auf Schlussfolgerungen verweisen, die besonders im Falle Roms von der Gewerkschaftsbewegung befürwortet werden. Die Staats- und Regierungschefs begrüßen den im Juni 2009 verabschiedeten Globalen Pakt der IAO für Beschäftigung und "verpflichten unsere Nationen zur Verfolgung der Schlüsselemente seines allgemeinen Rahmens, um die soziale Dimension der Globalisierung voranzubringen" (#46). Anschließend findet sich ein wichtiger Verweis auf die Notwendigkeit, dass andere Institutionen – womit u.a. eindeutig der IWF und die Weltbank gemeint sind – der Politik und den Normen der IAO Rechnung tragen: "Die internationalen Institutionen sollten die IAO-Normen und die Ziele des Globalen Paktes für Beschäftigung bei ihren Analysen und politischen Initiativen während und nach der Krise berücksichtigen" (#46). Dies ist ebenfalls ein Bereich, in dem die Gewerkschaften engen Kontakt zur IAO bezüglich deren Folgemaßnahmen halten müssen.

8. Es findet sich keine direkte Berücksichtigung der Gewerkschaftsforderung nach einer G20-Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen, die sich auf Dauer mit den Beschäftigungsmaßnahmen der G20 befassen könnte, aber der dem Thema Arbeitsplätze gewidmete Abschnitt endet mit der Zusage der G20, sich weiterhin gezielt mit der Beschäftigungspolitik zu befassen. Zu diesem Zweck wurde der US-Arbeitsminister gebeten, "unsere Minister für Beschäftigung und Arbeit für Anfang 2010 zu einem Gruppentreffen einzuladen, einschließlich Konsultationen mit Gewerkschaften und Unternehmen." – Die Erwähnung von Konsultationen mit den Gewerkschaften ist ein großer Fortschritt, der dem Druck der Gewerkschaften vor und in Pittsburgh zu verdanken ist, und dies wird intensive Folgemaßnahmen erfordern, um maximalen Nutzen daraus zu ziehen. Das Arbeitsministertreffen wird "auf der anstehenden OECD-Arbeitsministertagung zur Beschäftigungskrise aufbauen", womit die Tagung am 28. und 29. September 2009 in Paris gemeint ist (einer von fünf direkten Verweisen auf die OECD in dem Dokument). Der TUAC verschickt eine gesonderte Auswertung der OECD-Tagung. Die Spitzen der G20 "weisen unsere Minister an, die Entwicklung der Beschäftigungslage zu verfolgen, Berichte der IAO und anderer Organisationen über die Auswirkungen der von uns verfolgten Strategien zu prüfen, über die eventuelle Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zu berichten und mittelfristige Beschäftigungs- und

Qualifizierungsmaßnahmen, Sozialschutzprogramme und beste Praktiken zu erörtern, um zu gewährleisten, dass die Beschäftigten gerüstet sind, um von wissenschaftlichen und technologischen Fortschritten zu profitieren" (#47). Die erwähnte Berichterstattung der IAO über die Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen ist eine weitere Möglichkeit für die IAO, um eine größere Rolle in der internationalen Entscheidungsmechanik zu spielen.

## **LÄNGERFRISTIG: GLOBALE KOORDINATION UND LENKUNG DER WIRTSCHAFT**

9. Die Erklärung formalisiert eine bedeutende Entwicklung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, indem "die G20 zum Hauptforum für unsere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit" erklärt wird (#P19). Die nächsten drei Gipfel sollen im Juni 2010 in Kanada (zeitgleich mit der G8), im November 2010 in Korea und Mitte 2011 in Frankreich stattfinden. Anschließend sind jährliche Treffen geplant (#P31).

10. Es wird auf die Notwendigkeit angespielt, Beziehungen zu Ländern zu knüpfen, die nicht der G20 angehören: "Wichtige Akteure müssen mit am Tisch sitzen und umfassend in unsere Institutionen eingebunden werden" (#P18), was sich auch auf regionale Gremien wie das Sekretariat der Afrikanischen Union oder die Europäische Kommission beziehen könnte.

11. Die Staats- und Regierungschefs der G20 verpflichten sich außerdem zu einem Begutachtungsverfahren (#6), das im November 2009 beim nächsten G20-Finanzministertreffen eingeleitet werden soll, als Teil eines neuen "Rahmens für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum" (was in einem Anhang erläutert wird). Der Anhang geht vor allem auf eine verantwortungsvolle Finanz- und Geldpolitik und eine gestärkte Finanzaufsicht ein, obwohl auch die Verbesserung sozialer Sicherheitsnetze und Armutsabbau erwähnt werden. Länder mit anhaltenden Handelsbilanzdefiziten oder -überschüssen verpflichten sich zu geeigneten Korrekturmaßnahmen, in letzterem Fall u.a. durch "die Beseitigung von Hindernissen für das Nachfragewachstum". Die G20-Länder erkennen zudem ihre gemeinsame Verantwortung für die Verfolgung einer soliden und miteinander zu vereinbarenden Politik an und sagen zu, "sich auf gemeinsame politische Ziele zu verständigen, zusammenzuarbeiten, um die kollektiven Auswirkungen unserer innerstaatlichen politischen Rahmenwerke zu bewerten und auf der Grundlage der Ergebnisse dieser gegenseitigen Bewertung... Maßnahmen zu vereinbaren, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen." Ein derartiger Prozess ist potenziell von erheblicher Bedeutung und war bereits seit geraumer Zeit von der Gewerkschaftsbewegung befürwortet worden. Die Institution, die damit beauftragt wurde, die G20-Finanzminister bei der Bewertung und der Weiterentwicklung ihrer gegenseitigen Bewertungen zu unterstützen sowie politische Maßnahmen zu empfehlen, ist jedoch der IWF. Angesichts der Tatsache, dass es bisher an einer angemessenen Reform der Lenkungsverfahren bzw. an Transparenz beim IWF fehlt und vor allem angesichts seiner Förderung einer extrem prozyklischen, kontraktiven Wirtschaftspolitik ohne ausreichende Berücksichtigung der Verteilungswirkungen (d.h. der zu Ungleichheiten führenden Auswirkungen) seiner politischen Ratschläge dürfte dies ein erhebliches Problem für die Weiterentwicklung dieses Prozesses in der Zukunft sein und zu höchst anti-sozialpolitischen Empfehlungen an die G20-Regierungen führen. Hinweise

auf diese Gefahr fanden sich bereits in dem gemeinsamen OECD/IWF-Papier vom Mai 2009, in dem flexible sozial- und arbeitspolitische Strategien als Bestandteil der Ausstiegsstrategien der Regierungen gefordert wurden. Das Risiko besteht darin, dass der "Rahmen" zu einer gefährlichen Zwangsjacke werden könnte, die verhindert, dass die Regierungen wirksame Maßnahmen ergreifen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen sowie eine gut durchdachte Sozialpolitik zu verfolgen.

12. Generell findet sich in der Erklärung nur wenig von dem Gefühl einer langfristigen Vision von einer gerechteren Gesellschaft mit einer breiteren Verteilung der Profite (was eine progressivere Besteuerung impliziert), das die Abschlusserklärung des G20-Gipfels von London vermittelte. In den Wochen vor dem Gipfel von Pittsburgh bestand erhebliche Besorgnis darüber, dass die Vorarbeit an dem Entwurf einer "Charta für nachhaltiges Wirtschaften" in Pittsburgh eventuell nicht fortgesetzt und stattdessen eine kurze und recht allgemeine Grundsatzerklärung verfasst würde. Dem hat sich die Gewerkschaftsbewegung widersetzt, und letztendlich wurde vereinbart, die Arbeit an der Charta fortzusetzen (#9). Bizzarerweise wurde jedoch ein Großteil des Erklärungsentwurfes, der in die "Charta" von Pittsburgh eingeflossen wäre, in "Grundwerte nachhaltigen Wirtschaftens" umgetauft und findet sich nun in einem in Pittsburgh beschlossenen Anhang zur "Untermauerung des Rahmens" (#9). Bei diesem Anhang handelt es sich um eine aus fünf Absätzen bestehende Erklärung, in der betont wird, "dass unser Wachstum und unser Wohlstand miteinander verknüpft sind." Ferner soll durch ein ausgewogeneres Wachstum innerhalb von und zwischen einzelnen Ländern für einen allgemeineren Wohlstand der Menschen und für eine solide makroökonomische Politik gesorgt werden. Protektionismus wird abgelehnt, und Unternehmertum sowie Innovationen sollen gefördert werden. Bei Geschäftstätigkeiten soll für Angemessenheit, Integrität und Transparenz gesorgt werden, und es soll in die Menschen investiert werden, indem für Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, eine Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheitsnetze gesorgt wird. Es wird eindeutig weiterhin wichtig für die Gewerkschaften sein, auf eine wirksame Charta zu drängen, die deutliche Verweise auf soziale Gerechtigkeit und Arbeitsnormen sowie ein glaubwürdiges Folgeverfahren beinhaltet.

13. Die Stimmrechte der Entwicklungsländer beim IWF sollen um mindestens 5% erhöht werden (#P20 und #21 in der Erklärung) und die bei der Weltbank um mindestens 3% (#P21 und #27 in der Erklärung). Es sollte jedoch festgehalten werden, dass von der Ausweitung der Vertretungsrechte hauptsächlich die Länder mit "rasch aufstrebenden Märkten" profitieren werden anstatt die Länder mit niedrigem Einkommen, die am meisten von der Politik der IFI betroffen sind. Bei der Weltbank, heißt es, sei es wichtig, die Stimmrechte der "kleinsten armen Länder zu schützen", aber dies ist nicht in einer Verpflichtung verankert (#27). Es findet sich keinerlei Hinweis auf eine Änderung der IWF-Auflagen oder sonstiger politischer Empfehlungen, und auch etwaige Beratungsstrukturen für Gewerkschaften oder andere repräsentative Organisationen der Zivilgesellschaft werden nicht erwähnt.

14. Es findet sich kein direkter Hinweis auf eine Rolle für die UN-Generalversammlung oder den ECOSOC, obwohl an verschiedenen Stellen des Berichtes andere UN-Organisationen erwähnt werden – im Allgemeinen, wenn deren offensichtlicher Fachbeitrag erforderlich ist. Ein Beispiel dafür ist das neue Globale Warnsystem der Vereinten Nationen für Krisenfolgen und Anfälligkeit, das "bei unseren

Bemühungen um die Verfolgung der Auswirkungen der Krise auf die Schwächsten behilflich sein wird" (#34). Eine Koordination mit der Offenen Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung zur Frage der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung oder eine potenzielle Rolle für die Stiglitz-Expertenkommission zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems wird jedoch nicht erwähnt.

## **LANGSAME FORTSCHRITTE BEZÜGLICH EINER GLOBALEN FINANZMARKTAUFSICHT**

15. Gleich zu Beginn der Abschlusserklärung werden "Wachstum ohne Boom-Bust-Zyklen" (#P11) und "Märkte, die Verantwortlichkeit fördern und nicht Leichtfertigkeit" (#P11) gefordert. Verglichen mit dem Londoner Gipfel im April haben die Spitzen der G20 bezüglich einer Finanzmarktaufsicht jedoch nur wenige (wenn auch noch wahrnehmbare) Fortschritte in Pittsburgh erzielt. In den Absätzen, die sich mit dieser Frage befassen (#10-16), wird im Wesentlichen auf der Erklärung der G20-Finanzministertagung Anfang September 2009 in London aufgebaut, mit einigen nennenswerten Ausnahmen, wie etwa der Zusage, die Bezüge der Händler und Banker im Verhältnis zu den Einnahmen ihrer Firmen zu begrenzen. Wichtig ist, dass die Staats- und Regierungschefs der G20 den IWF auffordern, eine Untersuchung darüber anzustellen, welchen fairen und umfassenden Beitrag der Finanzsektor leisten kann, um für mit staatlichen Interventionen im Rahmen der derzeitigen Hilfsprogramme verbundene Belastungen aufzukommen (#16): Dies kann als erster, wenn auch zögerlicher Schritt in Richtung auf eine globale Steuer auf internationale Finanztransaktionen gewertet werden. Beunruhigend ist jedoch die scheinbare Überzeugung in dem Text, dass die globalen Finanzmärkte keiner Verkleinerung bedürfen und dass die staatlichen Behörden und deren Aufsichtsorgane in der Lage sind, mit großen, komplexen Finanzunternehmen fertig zu werden, vorausgesetzt, es kommt im Rahmen des – nach wie vor verschlossenen – FSB zu einer besseren "Koordination" und zu einem internationalen "Dialog". In dem Dokument fehlt es an einer Vision in Bezug auf Vorschläge für ein neues Aufsichtssystem, wie etwa die Einrichtung "systemischer Regulatoren", die u.a. künftige Spekulationsblasen verhindern könnten.

16. In der Präambel erklären die Spitzen der G20, dass sie "keine Rückkehr zu den üblichen Bankenpraktiken zulassen werden" (#P16), und es werden die wichtigsten Maßnahmen des beim Londoner Gipfel im April beschlossenen Aktionsplans aufgelistet, einschließlich nationaler Eigenkapitalnormen (innerhalb des Basel-II-Rahmens), Überwachung des Handels mit Derivaten, Überwachung bedeutender grenzübergreifender Finanzkonzerne sowie Vergütung von Führungskräften und Händlern (#P17). In der Erklärung von Pittsburgh wird die zentrale Rolle des FSB bestätigt (#P19). Nicht erwähnt werden jedoch der verschlossene Charakter des FSB oder die fehlende Koordination mit internationalen Institutionen, die dem Gremium gegenwärtig nicht angehören (wie u.a. die IAO), bzw. fehlende Konsultationen mit der Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene, einschließlich Global Unions. Dies gibt angesichts des Problems der Lenkung und des Zugangs zu Informationen für Nichtmitglieder und die Zivilgesellschaft Anlass zu Besorgnis. Die Spitzen der G20 mögen wohl glauben, dass es "keine Rückkehr zu den üblichen Bankenpraktiken" geben

wird, aber wenn es um die Umsetzung dieser Überzeugung geht, scheint es beim FSB sehr wohl so weiterzugehen wie bisher.

17. Der Abschnitt zum Thema Finanzmarktregulierung (#10-16) beginnt mit einer Beschreibung der Ursachen der Krise (#10), gefolgt von den seit London erzielten Fortschritten bei der Umsetzung des G20-Aktionsplans (#11). Die Spitzen der G20 bestätigen die Führungsrolle des FSB bei der Inkraftsetzung ihrer Zusagen. Im Gegensatz zum Londoner Gipfel geht die Erklärung auf den derzeitigen Umgang mit der Solvenzkrise des Bankensystems seitens der Regierungen und Zentralbanken ein (#12): Die Staats- und Regierungschefs der G20 beschließen, "sich um wertgeminderte Vermögenswerte zu kümmern" und "solide, transparente Belastungstests durchzuführen, wenn erforderlich". Es wird jedoch nicht das Gefühl vermittelt, als sei man sich bewusst, wie dringend notwendig es ist, dass die Banken ihre Verluste uneingeschränkt eingestehen, um auf diese Weise die Grundlage für die Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit und die erneute Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu schaffen.

18. Positiv anzumerken ist, dass der Schutz der Privathaushalte vor aggressiven Kreditvergabepraktiken – die Hauptursache für die Immobilienblase in den USA und anderen OECD-Volkswirtschaften – erstmals in einer G20-Erklärung erwähnt wird (#13). Es sind jedoch keinerlei Maßnahmen vorgesehen, um die Renten der Beschäftigten vor exzessiven Risiken und unregulierten Märkten zu schützen, obwohl vorfinanzierte Rentensysteme laut jüngsten OECD-Berichten hart von der Krise getroffen wurden.

19. Vier Prioritäten des Londoner G20-Aktionsplans, die bei der G20-Finanzminister-tagung Anfang September hervorgehoben wurden, werden in der Erklärung weiter ausgeführt (#13). Die Spitzen der G20 verpflichten sich, die Basel-II-Regeln bezüglich einer angemessenen Eigenkapitalausstattung bis Ende 2010 zu überarbeiten und bis Ende 2012 wirksam in Kraft zu setzen. Die Maßnahmen würden größere antizyklische Puffer und höhere Anforderungen für "risikoreiche Produkte" und Außerbilanzaktivitäten beinhalten (#13, 1. Kugel). Darüber hinaus fordern die Spitzen der G20, dass die Banken "einen Teil des Risikos des Basiswertes" verbriefter Produkte übernehmen (#12).

20. Nach den viel publizierten Boni-Skandalen Mitte 2009 in mehreren OECD-Ländern verpflichten sich die Spitzen der G20 zu strengeren Vergütungsregeln als die, die im April beim Londoner Gipfel vom FSB beschlossen wurden. "Garantierte Boni" sollen verboten werden, und künftig sollen die Vergütungen eher in Form von Beteiligungen und verzögert ausgezahlt werden. Wichtig ist, dass sich die G20 darauf verständigt haben, die Bonuszahlungen künftig stärker an den Erfolg eines Unternehmens zu koppeln. Die beim Londoner Gipfel eingegangene Verpflichtung zur Ausweitung der Befugnisse der Aufsichtsorgane wird noch ausdrücklicher wiederholt. Diese Organe "sollten die Möglichkeit haben, die Vergütungsstrukturen abzuändern" und "Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, wie etwa höhere Eigenkapitalanforderungen" (#13, 2. Kugel).

21. Bezüglich der sogenannten "Schattenfinanz" wird in der Erklärung die Verpflichtung der G20-Finanzminister wiederholt, bisher nicht börsengehandelte (OTC) Derivate an Börsen oder unter "elektronische Handelsplattformen" zu bringen und an nicht standardisierte Produkte (d.h. solche, die nicht an Börsen gehandelt werden können) höhere Eigenkapitalanforderungen zu stellen (#13, 3. Kugel) – wobei jedoch keine konkreten Schritte vorgesehen sind, um Hedge-Fonds oder privaten Beteiligungsfirmen

(Private-Equity-Firmen) an Mindestnormen für Transparenz und Rechenschaftspflicht zu binden.

22. Nach der Einrichtung der nach wie vor nicht bekannt gegebenen konzernspezifischen "Colleges of Supervisors" im Rahmen des FSB haben die Spitzen der G20 eine Frist gesetzt (Ende 2010), um für eine grenzübergreifende Kontrolle großer, komplexer Finanzkonzerne zu sorgen – einschließlich eines "Rechtsrahmens" für Kriseninterventionen (#13, 4. Kugel). Insofern muss bei der G20 weiter für die Verkleinerung der globalen Finanzmärkte und somit für die Umstrukturierung, wenn nicht die Auflösung globaler Konzerne, die unterschiedliche Geschäftsinteressen umfassen (z.B Einzelhandel, Börsenhandel, Vermögensverwaltung, Investment Banking) argumentiert werden. Die Forderung der Gewerkschaften nach einer diversifizierteren Finanzdienstleistungslandschaft, einschließlich der Förderung der Sozialfinanzierung (z.B. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Genossenschaften) und öffentlicher Finanzdienstleistungen, spiegelt sich in der Erklärung nicht wider.

23. In den folgenden Absätzen fordert die G20 die für Bilanzierungsnormen zuständigen Gremien auf, sich verstärkt um "qualitativ hochwertige, globale Bilanzierungsnormen" zu bemühen (#14) und den Beschluss des Globalen Forums der OECD für Transparenz und den Austausch von Informationen bezüglich einer beschleunigten internationalen Zusammenarbeit in Bezug auf Steueroasen und "Korrekturmaßnahmen" für Schattenfinanzplätze ab März 2010 sowie hinsichtlich der Veröffentlichung einer Liste der "Schattenfinanzplätze" durch die Financial Action Task Force (FATF) der OECD im Kampf gegen Geldwäsche und die Finanzierung terroristischer Aktivitäten bis Februar 2010 zu unterstützen (#15).

24. Und letztendlich beauftragen die Spitzen der G20 den IWF mit der Erstellung eines Berichtes darüber, "welchen fairen und umfassenden Beitrag der Finanzsektor leisten kann, um für mit staatlichen Interventionen zur Rettung der Banken verbundene Belastungen aufzukommen." Wenn auch nicht ausdrücklich, so wird dieser Auftrag doch als erster Schritt der G20 in Richtung auf eine mögliche globale Finanztransaktionssteuer aufgefasst (#16), wie u.a. vom scheidenden deutschen Finanzminister gefordert.

25. Mehr Unterstützung für das "Stolen Assets Recovery (StAR)"- Programm der Weltbank soll dafür sorgen, dass Korruption stärker bekämpft wird und weniger Geld illegal aus Entwicklungsländern abfließt (#42). Die FATF wird ersucht, "dabei behilflich zu sein, Korruptionsgewinne aufzuspüren und von Korruption abzuschrecken, indem der Arbeit zur Stärkung der Normen Priorität eingeräumt wird."

## **MASSNAHMEN DER G20 IN BEZUG AUF ENTWICKLUNG UND HANDEL**

26. Die G20-Erklärung von Pittsburgh bringt für die Entwicklungsländer generell nicht viel. Die Verweise auf erhöhte Ressourcen für Länder mit niedrigem Einkommen können bestenfalls als vage bezeichnet werden. Es heißt lediglich, dass man sein Möglichstes tun werde (#26), wobei die Möglichkeit erwähnt wird, "den Nutzen einer neuen Krisenfazilität der Weltbank zu prüfen" (#36). Neue Ressourcen für den IWF werden nicht erwähnt, und Vorschläge bezüglich der Rückführung von SZR-Mitteln von Ländern, die sie nicht benötigen, werden zwar zur Kenntnis genommen, aber deren erneute Bereitstellung würde nicht ohne Auflagen erfolgen, wie es eine Reihe von

Gruppen, einschließlich des IGB, angeregt haben. Vielmehr heißt es in der G20-Erklärung, dass sie verwendet werden könnten, "um die Kreditvergabe des IWF an die ärmsten Länder" zu unterstützen, was vermutlich bedeutet, dass an den traditionellen wirtschaftspolitischen Kreditaufgaben festgehalten wird (#36). Die G20 hat erklärt, dass sie zu der Gewährleistung beitragen werde, dass die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken über genügend Mittel verfügen (#26), aber es fehlt an festen Zusagen mit konkreten Zielgrößen für zusätzliche Kredite zu Vorzugsbedingungen und Subventionen, die die IFI für Länder mit niedrigem Einkommen angekündigt haben. Dies steht im Widerspruch zu den zusätzlichen \$500 Milliarden an Kreditlinien für Länder mit mittlerem Einkommen in Form von verzinslichen Krediten, die beim Londoner G20-Gipfel im April zugesagt und größtenteils bereitgestellt wurden. Im Gegensatz zu der Erklärung von London, die zumindest einen diesbezüglichen (wenn auch widersprüchlichen) Verweis enthielt, sagt die Erklärung von Pittsburgh nichts zu antizyklischen Maßnahmen in IWF-Programmen. Wie bereits festgestellt, besteht eine längerfristige Verbesserung darin, dass "Schwellenländer mehr Sitze in den leitenden Organen des IWF und der Weltbank erhalten" sollen (#21, #27), und auch das erwähnte neue "Stolen Assets Recovery (StAR)"- Programm der Weltbank (#42) dürfte für eine Reihe von Entwicklungsländern potenziell von Bedeutung sein.

27. Auf Befürchtungen bezüglich der Nahrungsmittelversorgung wird mit der Erwähnung einer neuen Initiative der Weltbank für Ernährungssicherheit (#P23) eingegangen, die einen multilateralen Treuhandfonds beinhalten wird, um es Ländern mit niedrigem Einkommen zu ermöglichen, die Entwicklung "nachhaltiger Agrarsysteme" auszuweiten (#39). Die Weltbank wird aufgefordert, ihre Bemühungen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank, den verschiedenen relevanten UN-Organisationen und anderen interessierten Parteien abzustimmen, um das Problem der Ernährungssicherheit in den Griff zu bekommen (#39). Es wird nur relativ kurz auf die Notwendigkeit eingegangen, die Transparenz und die "Funktionstüchtigkeit" der Rohstoffmärkte zu verbessern, obwohl deren Preisschwankungen ernsthafte Auswirkungen auf die Handelsbilanz und die Ernährungssicherheit der Entwicklungsländer gehabt haben (#12).

28. Die Zusagen bezüglich der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) und der offiziellen Entwicklungshilfe der einzelnen G20-Länder werden erneut bekräftigt, vor allem für die Länder südlich der Sahara (#37). Die beim G8-Gipfel im Juli abgegebenen Erklärungen bezüglich der potenziell wichtigen Rolle der Bildung werden nicht weiter ausgeführt. Es wird gefordert, Anti-Bestechungsgesetze zu verabschieden und in Kraft zu setzen, einschließlich des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung (Anti-Bribery Convention) und des Übereinkommens der UN gegen Korruption (Convention against Corruption). Die Spitzen der G20 nehmen ferner die Grundsätze der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe (Paris Declaration on Aid Effectiveness) und des Aktionsplans von Accra (Accra Agenda for Action) zur Kenntnis und sagen zu, sich bis zum Jahr 2010 um eine größere Transparenz der internationalen Hilfsströme zu bemühen."

29. Auf Handelsfragen wird in nur zwei Absätzen (#48-49) erstaunlich kurz eingegangen. Es heißt lediglich, dass man keine protektionistischen Maßnahmen ergreifen werde und die Absicht habe, die Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) 2010 zu einem Abschluss zu bringen, ohne jedoch irgendwelche Einzelheiten zu nennen.

## KLIMAWANDEL UND GRÜNE WIRTSCHAFT

30. Die G20-Erklärung ist in Bezug auf Klimawandel extrem schwach, obwohl der Gipfel in Pittsburgh nur zehn Wochen vor dem Beginn der UN-Vertragsstaatenkonferenz (COP15) in Kopenhagen stattfand. Es wird lediglich gemahnt, "keine Mühen zu scheuen, um eine Vereinbarung in Kopenhagen" bei der COP15 im Dezember 2009 zu erreichen (#P29), indem man sich auf ein Abkommen verständigt, "das die Abmilderung, die Anpassung, den Technologietransfer für ärmere Länder und die Finanzierung beinhaltet", basierend auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung (#32). Bei der G20-Finanzministertagung Anfang November 2009 in Schottland soll über die jeweiligen finanziellen Zusagen diskutiert werden (#33), aber in Pittsburgh selbst hat man sich nicht zu neuen Geldtransfers für die Entwicklungsländer verpflichtet oder spezielle Ziele genannt, die in Kopenhagen erreicht werden müssen. Auch die sozialen Kosten des Klimawandels, ein gerechter Übergang oder grüne Arbeitsplätze werden nicht erwähnt. Die Weltbank und andere multilaterale Entwicklungsbanken werden jedoch aufgefordert, einen Beitrag "zur Finanzierung des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft" zu leisten, nachdem sie allerdings unmittelbar zuvor beauftragt werden, "die Unterstützung der vom privaten Sektor ausgehenden Wachstums- und Infrastrukturinitiativen" auszuweiten (#24), was Anlass zu einer gewissen Besorgnis hinsichtlich ihrer Unterstützung notwendiger öffentlicher Investitionen gibt.

31. Mehrere Absätze gehen auf Fragen der Energiesicherheit ein (#28-31), und es wird zugesagt, die Subvention ineffizienter fossiler Brennstoffe, die zu einem verschwenderischen Verbrauch anregen, mittelfristig auslaufen zu lassen, während Bedürftigen eine Energiegrundversorgung angeboten wird, u.a. durch gezielte Geldtransfers und andere geeignete Maßnahmen (#29).

\* \* \* \* \*

\* \* \* \* \*